

# Der Verein hat seine Schuldigkeit getan, der Verein kann gehen

**STÄFA.** Sechs Jahre hat der Verein Lebensraum Stäfa in der Gemeindepolitik mitgeredet. Er hat einige Spuren hinterlassen. Doch das Interesse der Mitglieder am Mitwirken ist geschwunden. Das Präsidium hat daher beschlossen, den Verein aufzulösen.

CHRISTIAN DIETZ-SALUZ

Präsident Peter Schneider hat nicht resigniert, sondern nur die Zeichen der Zeit erkannt. «Es ist uns nicht gelungen, den Verein Lebensraum Stäfa unter den Jungen und in der ganzen Gemeinde breiter abzustützen.» Der Verein spiele nicht mehr die Rolle in wichtigen Fragen von Stäfa wie zu seiner Blütezeit. Die hatte er 2005 und 2006. Gegründet als Opposition zum Projekt «Rosengarten» der U.-W.-Linsi-Stiftung im westlichen Ortsteil Geren, wuchs der Verein rasch auf fast 100 Mitglieder.

Die Empörung über diese «Bauklotzerei» sei damals gross gewesen, sagt Schneider. Der erste «Rosengarten», ein Wohnprojekt, in dem sowohl Alters- als auch günstige Familienwohnungen geplant waren, wurde schliesslich beerdigt. Das war aber weniger das Verdienst des Vereins Lebensraum Stäfa, sondern das Platzen der Verhandlungen zwischen der Gemeinde und der Linsi-Stiftung. Die ursprünglichen Partner in einem Bauvertragsvertrag hatten sich zerstritten.

Die Nachfolgeprojekte, die unterdes-

sen gebaut worden sind, hat der Verein nicht mehr bekämpft. Dennoch war der Startschuss für den Verein fulminant. Er verschaffte sich Gehör. Und der Verein wurde nun vollends seinem Namen gerecht, indem er sich dem ganzen Lebensraum Stäfa widmete und zur «Stimme gegen die Verdichtung» wurde.

Mit einem Veranstaltungszyklus «Bauen in Stäfa» erhielt der Verein auch zusehends Gehör in den obersten politischen Gremien der Gemeinde. Das Engagement und die kritische Kompetenz beim Thema «Wachstum» zeigten zumindest indirekt Früchte. Die Gemeindeführung schob dem «hemmungslosen Bauen einen Riegel, wie es in einer Vereinsmitteilung heisst. Und Stäfa realisierte neue Freihaltezonen.

## Ausdehnung war auch Verlust

«Lebensraum Stäfa» wurde zur unabhängigen Stimme im Dorf. Schneider war beeindruckt, wie er und seine Mitstreiter plötzlich Ansprechpartner wurden bei Fragen zu Mobilfunkantennen oder zur Sterbehilfeorganisation Dignitas. «Wir gerieten zu einer Plattform, die mit an-

gehäuften Wissen Leuten helfen konnten.» Dazu zählte die IG Oberhausen. Sie wehrte sich erfolgreich gegen die Überbauung einer Wiese mitten im Quartier. Aber letztlich waren diese Aktivitäten Feuerwehrübungen, punktuelle Einsätze, gebunden an lokale Interessen. Und die Expansion der Vereinsinteressen vom Geren auf ganz Stäfa wies einen Pferdefuss auf: Sie wurde von vielen Vereinsmitgliedern nicht mitgetragen.

«Die Gefolgschaft bröckelte, als der Verein sich von der Gerenwiese weg dem Lebensraum Stäfa zuwandte», erklärt der 64-jährige Jurist und Lehrer. «Die Bourgeois mit ihren engen Eigeninteressen blieben weg, die Citoyens, die sich über die Wiese hinaus für die Belange von ganz Stäfa verantwortlich fühlten, waren wenige.» So umschreibt er «staatsmännisch-präsidial» die innere Auswirkung auf die neu ausgedehnte Ausrichtung des Vereins.

## Aufgeklärter Bürger Fiktion

Der Versuch, die Aktivitäten zu popularisieren, scheiterten. So gelang es der Vereinsführung zwar, eine Reihe von Porträt-Veranstaltungen mit bekannten Stäfnerinnen und Stäfnern zu organisieren, doch der Zuspruch des Publikums blieb bescheiden. «Das tut mir leid, es waren wirklich hochinteressante Abende», sagt Peter Schneider. Deshalb fiel

den der Entschluss leicht, den Verein aufzulösen. Zuletzt war nur noch knapp ein Dutzend Mitglieder aktiv.

Die verbleibenden Mitglieder wollen die Vereinsanliegen fortan in loser Form als «IG» weiterverfolgen. Sie glauben, dass das Thema «Lebensraum» in Stäfa von brennender Aktualität bleiben werde. Nicht zuletzt auch, weil Bürgersinn und Gemeinsinn gestärkt werden müssten. «Wir leben in der Fiktion, dass der Bürger immer à jour ist im Wissen, was im Dorf läuft, dass er alles kontrollieren kann, mitredet und eingreift», sagt der erste und letzte Präsident des Vereins. «Tatsache ist aber, dass der Bürger meist mit dieser Aufgabe überfordert ist.» Ausserdem interessiere er sich nur dann für eine Sache, wenn sie ihn direkt betrifft. »

## Bäume für den Bushof

«Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen», lautet ein Sprichwort. Sinngemäss gilt das nun auch für den Verein. Doch etwas bewegen will er nochmals. Mit dem verbliebenen Vermögen sollen Bäume gekauft und der Gemeinde zur Begrünung des neuen Bushofes geschenkt werden. Bäume könnten nämlich einer günstigeren Variante des Bushofes geopfert werden. Das soll verhindert werden, denn Grün ist und bleibt das Hauptanliegen des Vereins, der sich «Lebensraum» auf die Fahne geschrieben hat.

## Zwei Kandidaten sind ausgestiegen

**KÜSNACHT.** Das Kandidatenkarussell ist kleiner geworden. Für den freien Sitz in der Schulpflege Küsnacht treten nur noch zwei Kandidaten an. Ursprünglich waren es vier. Die parteilosen Bettina Hardmeier und Rosa Hess sind ausgestiegen. Dies, ohne Gründe anzugeben, wie Gemeindeführer Peter Wettstein sagt. Beide Frauen waren von keiner Partei portiert worden. Damit kämpfen SVP-Kandidat Stephan Salvisberg und Christina Zürcher (parteilos) um den Sitz des zurückgetretenen Schulpflegers Peter Kyburz. Im ersten Wahlgang Ende November erreichte Manager Stephan Salvisberg, der auch von der FDP unterstützt wurde, 1200 Stimmen. Lehrerin Christina Zürcher belegte mit 937 Stimmen Rang 2. Dass sich weitere Kandidaten dazugesellen, ist möglich. «Grundsätzlich kann jeder bis zum zweiten Wahlgang seine Kandidatur einreichen», sagt Peter Wettstein. Der zweite Wahlgang findet am 11. März statt. (zsz)

## Rechtsanspruch auf Einbürgerung?

**KÜSNACHT.** Am 11. März stimmen die Zürcherinnen und Zürcher über das kantonale Bürgerrechtsgesetz und einen Gegenvorschlag der SVP ab. Das neue Bürgerrechtsgesetz verschärft gewisse Voraussetzungen für Einbürgerungen. Gleichzeitig soll aber ein genereller Rechtsanspruch auf Einbürgerung geschaffen werden. Der Gegenvorschlag fordert, dass Verbrecher nicht eingebürgert werden dürfen. Diese brisanten Themen werden an einer öffentlichen Podiumsdiskussion diskutiert. Sie findet statt am Donnerstag, 2. Februar, um 20 Uhr im Foyer Hesli-Halle an der Unteren Heslibachstrasse 33 in Küsnacht.

Übers Thema diskutieren Ursina Egli (Kantonsrätin SP, Stäfa), Daniel Jositsch (Nationalrat SP, Winterthur), Christoph Mörgeli (Nationalrat SVP, Stäfa) und Gregor A. Rutz (Kantonsrat SVP, Küsnacht). Die Leitung der Podiumsdiskussion hat Benjamin Geiger (Chefredaktor «Zürichsee-Zeitung») inne. Im Anschluss an das «Wortgefecht» wird von den Veranstaltern – SP und SVP – ein Apéro offeriert. (zsz)

## DIGITALBILDER

Digitale Bilder nimmt die Redaktion gerne entgegen, sie müssen jedoch für den Zeitungsdruck einigen minimalen Qualitätsstandards genügen: Für die Bildübermittlung ist das Format JPEG zu verwenden. Bildformate, die für eine Publikation im Internet geeignet sind, verfügen über zu wenig Auflösung für den Zeitungsdruck. Das heisst, die Datenmenge eines Bildes sollte mindestens 1 MB betragen. Die Bilder dürfen also vor der elektronischen Übermittlung nicht komprimiert werden. Es empfiehlt sich, Bilder der Redaktion unbearbeitet zu übermitteln (redaktion.staefa@zsz.ch). (zsz)



Peter Schneider und der Verein Lebensraum Stäfa: Aus der Oppositionsrolle gegen die Überbauung auf der Gerenwiese (Hintergrund) ist während sechs Jahren eine Bewegung entstanden, die Ansprechpartner für viele Probleme in Stäfa war. Bild: Reto Schneider

## LESERBRIEF

### Es geht ihr nur um die Enteignung

Zu «Verzögern bis zum Gehtnichtmehr?», Ausgabe vom 19. Januar  
Der Forum-Artikel zum Seeuferweg Zürichsee von Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg (SP) enthält derart viele Unwahrheiten und an Verleumdung grenzende Feststellungen, dass ich ihre Aussagen nicht unkorrigiert im Raum stehen lassen kann.

Unter dem Titel «Lassen wir Fakten sprechen» unterschiebt sie mir, ein aktives Mitglied der SVP zu sein und dem Verein FAiR nahezustehen. Tatsache ist, dass ich seit Jahrzehnten eingetragenes

Mitglied der FDP Meilen bin und vom Verein FAiR bis anhin nur in den Medien gelesen habe. Ich merke, in welche «Richtung» Frau Gerber Rüegg das Thema «Seeuferweg Zürichsee» lenken möchte; es gehört zum guten Ton, in der Öffentlichkeit gegen die SVP zu wettern, um gewisse Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. In meinen Augen ist es eine Schande, die ökologischen Belange des Zürichsees in ihrem Stil zu verpolitizieren. Ihr bedeutet der Wahrheitsgehalt von Aussagen und Fakten offensichtlich nicht viel, sonst wäre sie bei ihren Recherchen exakter.

Frau Gerber Rüegg hat in meinem Artikel («Ein durchgehender Seeuferweg ist ein ökologischer Unsinn»,

«ZSZ» vom 12. Januar) offensichtlich diffamierende Worte gefunden und zieht daraus die Folgerung: «Wie schwach und hilflos die Argumente des Komitees FAiR in Wirklichkeit sind». Ich kann Frau Gerber Rüegg aufklären: Den Artikel habe ich nicht im Auftrag von FAiR geschrieben; in meinem Artikel habe ich ausschliesslich eigene und zudem politisch neutrale Überlegungen und Gedanken zusammengetragen. Ihr Rundumschlag ist auf eine Art typisch, er trifft jedoch den Falschen.

Ich beschäftige mich seit über 40 Jahren mit der Ökologie des Zürichsees und behaupte, dass ich Fauna und Flora des Zürichsees heute noch sehr gut kenne. Ich weiss auch, wie die verschie-

densten Parteigruppierungen seit Jahrzehnten unter dem Titel der «ökologischen Zürichseeaufwertung» Forderungen stellen; in Tat und Wahrheit stand dabei leider vielfach Eigennutz im Vordergrund. Gewisse Kreise der Öffentlichkeit sprechen leider blind auf ökologische Schlagwörter an. Glaube Frau Gerber Rüegg in der Tat, dass sich im Uferbereich aufhaltende Wassertiere auf die Begegnung mit Spaziergängern des Seeuferweges freuen?

Ich bin politisch nicht aktiv und pflege deshalb meine Anliegen offen darzustellen. Ich umschreibe deshalb Frau Gerber Rüeggs wie auch die Absichten des Komitees «Zürisee für alli» dahin, dass es ihnen in Tat und Wahrheit doch

primär um die Einengung, sprich Enteignung der Grundeigentümer der Liegenschaften direkt am Zürichsee geht.

Der durchgehende Zürichseeuferweg ist ein leider in vielen Ohren wohlklingendes Schlagwort bzw. Mittel zum Zweck. Egal sind der SP-Kantonsrätin dabei die Auswirkungen auf das Innenleben des Zürichsees, ansonsten sie mehr Rücksicht auf das Leben am und im See machen würde. Sie sollte auch bei ihren Bemühungen rund um ökologische Belange bedenken, dass sie als angeblich naturverbundene Politikerin nicht nur die Interessen ihrer potentiellen Wähler, sondern auch die politisch stummen Lebewesen am und im Zürichsee vertreten sollte. Max Straub, Meilen